



werden die Namen des Prinzen Oskar von Preußen und des Stahlhelmführers Dürerberg genannt. Nach unseren Informationen wird jedoch Prinz Oskar von Preußen nicht als Kandidat der Deutschnationalen und des Stahlhelms in Frage kommen. Wenn er dem deutschen nationalen Parteivorstand angehört und an der Sitzung teilgenommen hat, so handelt es sich dabei mehr um ein Konkurrenzmandat gegenüber den Nationalsozialisten, die sich mit dem Prinzen August Wilhelm, dem Bruder Oskars, brüsten, als um eine Kandidatenfrage. Ob Dürerberg der Mann sein wird, den die Deutschnationalen und der Stahlhelm auf den Schild erheben wollen, dafür liegen noch keine besonderen Anhaltspunkte vor. Aus allem aber, was sich bei der nationalen Opposition abspielt, ist zu erkennen, daß es an dem einen fehlt, was sie stets gepredigt haben, nämlich an der Einigkeit.

Die letzte Hoffnung scheinen die Vertreter der Harburger Front auf den Reichstag zu setzen. Es wird von ihnen die tatsächliche Frage erörtert, ob man nicht die Aufstellung einer Gegenkandidatur gegen Hindenburg verzögern soll, um abzuwarten, ob im Reichstag ein Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning angenommen wird. Bisher liegen nur die kommunistischen Mißtrauensvoten vor. Die nationalsozialistischen Anträge sollen erst unmittelbar vor der ersten Reichstagsitzung eingebracht werden. Sie werden voraussichtlich in einem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett, einem Antrag auf Auflösung des Reichstages und einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen oder wenigstens der letzten Notverordnung bestehen. Der Sturz der jetzigen Reichsregierung durch ein Mißtrauensvotum würde es der Rechten, wie aus ihren Reihen verbreitet wird, ermöglichen, bei der Präsidentenwahl für Hindenburg zu stimmen. Falls das nicht gelingt, würden die Rechtsparteien allerdings immer noch Zeit zur Aufstellung eigener Kandidaten haben.

Die Reichstagsdebatte wird voraussichtlich drei bis vier Tage in Anspruch nehmen. Am Freitag der nächsten Woche würde also der Beschluß des Reichstages über den 13. März als Präsidentenwahltag und über die Mißtrauensanträge vorliegen. Kandidaten für die Präsidentenwahl müssen nach dem Reichswahlgesetz spätestens am zehnten Tage vor der Wahl, also am 3. März, nominieren sein und müssen auch bis zu diesem Tage die Kandidatur angenommen haben. Zwischen dem Beschluß des Reichstages und dem 3. März würden gerade noch dazu ausreichende fünf Tage liegen.

Bei den Parteien der Mitte verkennt man zwar nicht die Gefahr, in der das Reichssta-

nettschwebt, man ist aber davon überzeugt, daß sich auch diesmal eine Mehrheit für Brüning finden wird. Die Deutsche Volkspartei hat allerdings bereits offiziell erklärt, daß sie, wie schon bei früheren Gelegenheiten, so auch diesmal dem Kabinett Brüning ihr Vertrauen aussprechen werde, um den Weg für die Bildung einer Reichsregierung freizumachen. Auch die Haltung des Landvolks ist abgesehen davon, daß es sich in einem Aufruf heute für die Wiederwahl Hindenburgs ausspricht, zumindestens zweifelhaft. Würden beide Fraktionen gegen die Regierung stimmen, so würde das Stimmenverhältnis ungefähr gleich sein. Den Ausschlag würde dann die Wirtschaftspartei geben. Diese wird sich am Dienstag vor der Vollziehung des Reichstages in einer Fraktionsabstimmung mit den Mißtrauensanträgen befassen, die Entscheidung wird aber, wie das Nachrichtenbüro hört, erst am Mittwoch oder Donnerstag in einer Parteiausschließung der Wirtschaftspartei fallen. Das Schicksal des Kabinetts Brüning wird also im wesentlichen davon abhängen, ob bei der Wirtschaftspartei die Gegenkraft gegen diese Regierung oder die Bedenken gegen eine Unterstützung der Tatist der Rechtsparteien überwiegt, wobei im Hintergrund noch die Gefahr einer Reichstagsauflösung steht.

Die Sozialdemokraten warten ab, was die Rechtsparteien tun werden. Sie bereiten sich jedoch auf die verschiedenen Möglichkeiten vor. Fest steht, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht nur das Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett, sondern auch dasjenige gegen Reichsinnenminister Groener unter allen Umständen ablehnen wird.

Im übrigen haben jetzt sämtliche Fraktionen mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten ihre Fraktionsitzungen für Montag oder Dienstag anberaumt.

Die Pressestelle des deutschen Reichsriegsverbundes RFFH äußert bittend um Veröffentlichung der Mitteilung, daß die in der Presse verbreitete Nachricht, der Präsident des RFFH, General von Horn, gehöre einem zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl neu gebildeten Hindenburg-Ausschusses an oder werde den Vorsitz dieses Ausschusses übernehmen, völlig aus der Luft gegriffen ist.

Einen Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs hat jetzt außer der Landvolkspartei auch die Bayerische Volkspartei erlassen.

werden können. Aus Kreisen der amerikanischen Delegation verlautet, daß der erste Eindruck günstig sei. Man sei sich aber sehr wohl darüber klar, daß das deutsche Protokoll weder im ganzen angenommen noch abgelehnt werden könne. Die Franzosen sind überzeugt, daß neben dem französischen Memorandum diese deutschen Vorschläge den Hauptgegenstand der künftigen Arbeiten der Konferenz bilden.

Man befürchtet unter dem Eindruck des bisherigen Verlaufs der Generaldebatte in französischen Kreisen eine Erschlüderung des Konventionseutwurfes und bezieht sich, darauf hinzuweisen, daß die Amerikaner und Engländer den Konventionseutwurf ausdrücklich als Grundlage der Konferenzarbeiten angenommen hätten. Weiter verlautet aus Kreisen der französischen Delegation, man sei nach einem ersten Studium der deutschen Vorschläge zu folgenden Eindrücken gekommen:

In sehr geschätzter und maßvoller Form werde der deutsche Standpunkt entwickelt. In den Grundfragen sei die deutsche Auffassung unerbittlich und es

habe sich an der Auffassung, die Graf Bernstorff in den langjährigen Verhandlungen des vorbereitenden Abbrüstungsausschusses vorgetragen habe, nichts geändert. Deshalb sei die französische Delegation auch von den deutschen Vorschlägen nicht überrascht worden. Die deutsche Interpretation des Artikels 8 des Völkerverbundspaktes wird von der französischen Delegation abgelehnt. Man sei auch im Zweifel, ob Deutschland sein eigenes Programm an die Stelle des Konventionseutwurfes setzen wolle. Weiter betont man, daß nach französischer Auffassung der Ausbau der Abrüstung vorangehen müsse. Man vermutet, daß die deutsche Forderung nach Abbrüstung der Waffen im Angriff dienenden Bestimmung der Waffen im Angriff dienenden Bestimmung abgelehnt werden. In den Kommissionsberatungen werde man sich demgemäß eingehend über den Charakter solcher Anlagen unterhalten müssen. Ganz allgemein müsse man den deutschen Vorschlägen, die eine aufmerksame und ernste Prüfung verdienen, große Bedeutung beilegen.

In englischen Konferenzkreisen wird betont, daß man die deutschen Vorschläge in der gleichen Weise wie das französische Memorandum eingehend prüfen werde.

## Chinesisch-japanische Verhandlungen gescheitert.

### Neues Ultimatum abgelehnt.

× London, 18. Februar.

Wie aus Schanghai berichtet wird, sind Verhandlungen, die heute vormittag zwischen chinesischen und japanischen militärischen Führern stattfanden, gescheitert. Der chinesische Delegierte, General Fan, erklärte, es sei ihm vollkommen unmöglich, die japanischen Forderungen anzunehmen. Die Japaner hätten gefordert: Für immer Schließung der Pforte von Wufang und Paoshan, für immer Zurückziehung aller chinesischen Truppen auf einer Entfernung von 20 km von Schanghai auf beiden Ufern des Wapangpuflusses und von 20 km von der Mündung des Wapangpu. Diese Bedingungen sind auch nach Ansicht anderer chinesischer Persönlichkeiten vollkommen unannehmbar.

Der japanische Oberkommandierende bei Schanghai hat darauf die obigen Forderungen in einem bis Samstag 7 Uhr befristeten Ultimatum gestellt. Die volle Durchführung des Rückzuges könne bis Samstag 17 Uhr nicht erfolgen. Der Militärkampf bei Schanghai dauert an. Der Führer der chinesischen Zentralregierung, Wang Jinhai, erklärte, daß die chinesische Regierung das japanische Ultimatum ablehne.

## Weitere japanische Truppentransporte

× Tokio, 18. Februar.

In Anbetracht der ständigen Verstärkung der chinesischen Truppen in und um Schanghai haben die leitenden Stellen des Kabinetts und der Militärbehörde beschloffen, ab und zu mehrere Divisionen nach Schanghai zu entsenden, falls der chinesische Oberbefehlshaber das ihm gestellte Ultimatum ablehnen sollte. (Was angedeutet schon gesehen ist). In diesem Falle würde sofort nachgeholt und die Truppen für einen Kabinettsbeschluss nachgeschickt werden. Am 12. wird mitgeteilt, daß der Kriegsminister angeordnet hat, daß die 12. japanische Division nach Schanghai abmarschiert.

## Zugabeverbot im Reichsrat angenommen.

× Berlin, 18. Februar.

Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend dem Gesetzentwurf gegen das Zugabeverbot zu. Der Entwurf spricht ein allgemeines Verbot aus, läßt aber eine Reihe von Ausnahmen zu, u. a. auch, wenn gleichzeitig mit der Zugabe wahlweise Bargeld angeboten wird. Auch die Abkondemnerverpflichtung ist vom Verbot ausgenommen. Die Reichsratsausschüsse schlugen im Interesse derjenigen Industrien, die Zugabeverbote herstellen, eine Übergangszeit von einem Jahr bis zum Inkrafttreten des Gesetzes vor.

Staatssekretär Weismann sprach im Namen Preußens sein Bedauern über die Zuspätkommen der heiden erwünschten Ausnahmen aus und beantragte, die Übergangsfrist nur auf drei Monate zu bemessen. Der Reichsregierung erschien diese Frist lang genug. Der bayerische Landtag Dr. v. Preger hielt die Übergangsfrist jedoch für zu kurz und künftige Ablehnung des Gesetzes an, falls es beschloffen würde. Baden beantragte daraufhin eine Frist von sechs Monaten, doch wurde der preussische Antrag, die Übergangsfrist nur auf drei Monate zu bemessen, mit 38 gegen die 30 Stimmen der größeren anderen nichtpreussischen Länder angenommen. Dadurch war der badische Kompromißantrag erledigt. Bayern und Sachsen stimmten daraufhin gegen das ganze Gesetz, das mit allen übrigen Stimmen angenommen wurde.

Das Urheberrechtsgesetz kam mit Litauen wurde unverändert angenommen. Der Vertreter der Provinz Ostpreußen, Freiherr von Gahl, benutzte jedoch die Gelegenheit zu einer Erklärung, in der er die Erwartung der ostpreussischen Bevölkerung zum Ausdruck brachte, daß die Reichsregierung mit allen verfügbaren Mitteln die Wiederherstellung des durch das Memellandkrisis gegebenen Rechtszustandes betreiben sollte. Sollten die Verhandlungen vor dem Völkerverbundrat kein befriedigendes Ergebnis haben, so erwarte Ostpreußen von der Reichsregierung Druck mit wirtschaftlichen Mitteln auf die litauische Regierung. Diese Erklärung wurde zu Protokoll genommen.

Ferner erließ die Reichsrat einige kleine internationale Abkommen und eine Verordnung, durch die denjenigen Arbeitlosen, die angestellt sind, die Arbeitslosen, Kriegen und Wohlfahrtsunterstützung sichergestellt werden soll.

## Friedrich August III. von Sachsen.

× Gießen, 18. Februar.

Der ehemalige König von Sachsen, Friedrich August, ist am Donnerstagabend gegen 22.15 Uhr, nach einem schweren Schlaganfall, ohne die Bewußtsein wiedererlangt zu haben, sanft entschlafen. Am Totenbett weilten die Prinzessin Mathilde und Prinz Ernst Heinrich.

Der Verstorbene wurde am 25. Mai 1865 als Sohn Königs Georgs von Sachsen geboren. 1877 trat er als Leutnant in das sächsische Heer ein, studierte dann in Straßburg und Leipzig Rechtswissenschaften.

## Tote und Verletzte in der internationalen Zone von Schanghai.

× Schanghai, 17. Februar.

Wie die Polizei mitteilt, schlugen gestern Abend 45 Granaten in die internationale Zone ein, wobei vier Personen getötet und 14 verwundet wurden.

Associated Press meldet: Auf den englischen Werften am Whangpu-Fluß, die mitten in der internationalen Konzeption liegen, schlugen mehrere Granaten ein. Man vermutet, daß es sich um chinesische Geschosse handelt. Der britische Dampfer „Suwio“, der sich dem Feuer entziehen wollte und über den Fluß kreuzte, erhielt einige Treffer, durch die zwei Mann seiner 3. chinesischen Mannschaft getötet und acht verwundet wurden. Außerdem wurden zwei englische Angehörige der Schiffabteilung verletzt, von denen einer gestorben ist.

## Scharfer englischer Protest bei der chinesischen Regierung.

× London, 18. Februar.

Die Entwicklung der Dinge in Schanghai wird hier mit Bedauern verfolgt und die Verletzung des Todes zweier Engländer, die während des chinesischen Bombardements durch Granaten getötet wurden, hat hier starken Eindruck gemacht. Der britische Gesandte bei der chinesischen Regierung, Sir Miles Lampson, hat bei dem chinesischen Außenminister scharfen Protest erhoben und ist ermutigt, an die chinesischen militärischen Führer genaue Anweisungen zu richten, daß die Wiederholung solcher Zwischenfälle zu verhindern sei.

## Fünf Personen durch Kohlenoxydgas vergiftet.

× Gießen, 18. Februar.

In der Ortschaft Kaminitz im Landkreis Gießen hat sich ein furchtbares Unglück ereignet, dem fünf Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Am Montag war der Rentenermpfänger Max Wobbel mit seiner Familie nach Kaminitz gezogen, wo er eine Wohnung in dem leerstehenden Hause eines Priesters mietete. Seit Dienstag wurde von der Familie Wobbel niemand mehr gesehen. Als nun am Donnerstag die Ehefrau des Priesters, durch das lange Ausbleiben der Mieter beunruhigt, die Wohnung öffnete, fand sie das Ehepaar Wobbel, einen 16-jährigen Sohn, eine sechsjährige Tochter und ein etwa sechs Wochen altes Kind tot in ihren Betten. Nur ein dreijähriges Kind lebte noch. Die fünf Personen sind durch Kohlenoxydgasvergiftung ums Leben gekommen. Man fand das Abflusrohr des eisernen Ofens verstopft. Das Unglück ist offenbar bereits in der Nacht zum Dienstag geschehen.

## Ein schweres Flugzeugunglück.

× Weg, 18. Februar.

Ein Flugzeug des Meher Jagdfliegerregiments erlitt über dem Flugplatz Nieder-Neuß einen Motorschlag. Der eine der beiden Insassen, Unteroffizier Bordin, sprang mit einem Fallschirm ab, der sich jedoch nicht öffnete. Bordin stürzte unglücklich in einen hohen Hecken und verbrannte. Der zweite Flieger, Unteroffizier Genschel, rückte mit dem Flugzeug auf eine Baracke und war auf der Stelle tot.

## Nadolny begründet die deutschen Abrüstungsvorschläge.

### Artikel 8 des Völkerverbundspaktes als Grundlage für die Forderungen Deutschlands.

## Freundliche Aufnahme des Entwurfs bis auf Frankreich.

× Genf, 18. Februar.

Nachdem die letzten Tage der Abrüstungskonferenz nicht besonders auffallende Neben der Vertreter meist kleiner Staaten gebracht hatten, begründete in der heutigen Sitzung der Führer der deutschen Delegation Völkerverbundspakt in längerer, eindringlicher Rede die inwischen eingebrachten deutschen Abrüstungsvorschläge (die wir an anderer Stelle veröffentlichten). Nadolny hielt seine Rede in französischer Sprache und führte u. a. folgendes aus:

Es lag vielleicht für Deutschland nahe, einfach die gesamten Verfallenen Bestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands in einem entsprechenden Konventionseutwurf zusammenzufassen und als deutschen Gegenentwurf vorzulegen. Denn diese Art der Entwaffnung ist in mehreren Staaten seit einer Reihe von Jahren praktisch zur Anwendung gelangt und nach dem Willen derer, die jenseits die Entwaffnung als auch den Artikel 8 des Völkerverbundspaktes festgelegt haben, soll die allgemeine Abrüstung einleiten. Wir haben es vorgezogen, einen anderen Weg zu wählen. Denn wir wollten dazu beitragen, daß diese Konferenz zu einem positiven Ergebnis führt.

So haben wir, ohne die Grundlage der Verfallenen Bestimmungen zu verlassen, nur die Hauptgrundsätze dieser Bestimmungen vorgelegt, deren Anwendung für alle Staaten wie als möglich erscheint.

Außerdem haben wir noch Vorschläge hinzugefügt, die nach unserer Ansicht eine Abrüstung wirksam und nachhaltig machen können. Unsere derzeit aufgestellten Vorschläge umfassen das ganze Gebiet der Abrüstung. Völkerverbundspakt Nadolny legte darauf die deutschen Abrüstungsvorschläge zu Lande, zur See und in der Luft eingehend dar. Er betonte:

Die Konferenz muß sowohl die quantitative wie die qualitative Abrüstung mit aller Energie und mit den richtigen Methoden in Angriff nehmen.

Nadolny ging dann in kurzen Bemerkungen auf den Sinn und die Bedeutung der Vorschläge ein. Wir sind hier, führte er aus, zusammengekommen, um die allgemeine Abrüstung zu vereinfachen. Die Vereinbarung soll für uns alle gelten, also auch für Deutschland.

Deutschland ist Mitglied des Völkerverbundes, ist ausdrücklich als vollberechtigtes Mitglied in ihn aufgenommen worden. Für seine Rüstungen hat es darum in gleicher Weise wie für alle anderen Mitglieder der Artikel 8 des Völkerverbundspaktes maßgebend zu sein.

Die Konferenz wird sicherlich nicht annehmen wollen, daß auf ein Bundesmitglied andere Vorschriften Anwendung finden könnten als auf den Rest der Nationen. Am übrigen hat vor einigen Tagen der Vertreter Ungarns, der verehrte Graf Apponyi, mit unübertrefflicher Klarheit nachgewiesen, daß die Abrüstungsvorschläge der Konferenz die Friedensverträge durch die nach dem Artikel 8 abzuschießende neue Konvention abgelehnt werden müßten. Ich kann mich seinen Ausführungen nur anschließen und darf hinzufügen, daß es keine Bestimmung im Vertrag von Versailles gibt, die diese Schläge ändern könnte. Dabei fällt es mir auch schwer, zu glauben, daß der Völkerverbund einen Zustand weiterbestehen lassen sollte, bei dem ein Mitglied seines Rates, das sich mit seiner ganzen Geltung für die Zwecke des Bundes eingesetzt hat, auf einem der wichtigsten Tätigkeitsgebiete des Bundes einer Beschränkung unterliegt.

Deutschland ist bereit unter der Voraussetzung, daß die abzuschießende Konvention für uns die gleiche Bedeutung hat wie für alle anderen Staaten, alles daran zu setzen, um die Aufgaben der Konferenz zu lösen. Deutschland ist auf das Beste nach ihrer anderen Staaten auf das Beste nach ihrer nationalen Sicherheit, daß die Konferenz nach ihrer nationaler Sicherheit das zuzulassende Maß ihrer Rüstung zu bestimmen hat, jede Rücksicht zu nehmen.

Soweit dies im Rahmen des Artikels 8 des Statuts, d. h. unter der Voraussetzung einer tatsächlichen allgemeinen Abrüstung und unter Berücksichtigung seiner eigenen nationalen Sicherheit möglich ist. Allgemein kann und darf das Bedürfnis nach Sicherheit nicht die Abrüstung überhaupt verhindern. Denn auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sicherheit in erster Linie durch eine weitgehende allgemeine und daher möglichst gleichwertige Abrüstung gewährleistet ist. Wer nur kleine Kanonen hat, kann nicht mit großen schießen, und wer nicht einmal einen Revolver besitzt, kann überhaupt nicht schießen. Das ist doch eine einfache Logik. Ich erinnere daran, daß im Schlussprotokoll von Locarno bereits zum Ausdruck gekommen ist, daß man die Zeit zur Verwirklichung der Abrüstung für die Zukunft erachtet, und daß der Völkerverbund schon im Jahre 1928 ausdrücklich festgestellt hat, daß der Stand der allgemeinen Sicherheit eine Herabsetzung der Rüstungen gestatte. Nun haben wir jetzt den Auftrag der französischen Delegation auf Schaffung einer allgemeinen Abrüstung erhalten. Wir werden den Vorschlag auch unerspart mit aller Aufmerksamkeit prüfen.

Und nun zum Schluß: Es ist hier zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Konferenz keine Friedenskonferenz ist. Sie kann nicht dieser Natur sein, nicht auf Frieden ausgerichtet sein. Sie ist eine Friedenskonferenz, und zwar deshalb, weil sie eine der wichtigsten Friedensgrundlagen herstellen und sichern soll in einer Zeit, in der die ganze Welt von einer noch nie dagewesenen Krise erschüttert wird. Wir hoffen und sind sogar überzeugt, daß es dem festen Willen aller hier versammelten Staatsmänner gelingen wird, auf der Grundlage der großen Frage der Abrüstung die weltweite noch vorhandenen großen Gegensätze zu überbrücken und auf diese Weise dem Friedensvertrag einen weiteren, die Schaffung einer friedlichen Atmosphäre fördernden Stachel zu nehmen, nämlich den Stachel der Deflationierung hinsichtlich der Abrüstung.

Wir müssen eine Vereinbarung finden, die für die besonderen Verhältnisse eines jeden unter uns Raum läßt, aber die grundsätzlich so beschaffen ist, daß wir alle sie unterzeichnen können.

und die allein die Magna Charta für den Stand unserer Rüstungen und damit für den Stand unserer Sicherheit ist. Der gute Wille Deutschlands wird dabei nicht fehlen. Nach dem deutschen Delegierten, der nicht gerade sehr harten Beifall fand, sprachen auf der heutigen Sitzung der frühere bulgarische Ministerpräsident Malinoff, der Vertreter Australiens, Generalmajor Sir Granville, und der Vertreter der Republik Haiti. Malinoff erhob die Forderung Bulgariens auf militärische Gleichberechtigung und wies auf die politische Unfreiheit hin, in der sich sein Land befindet. Sir Granville bekräftigte eine wirksame Abrüstung vor allem zur See. Der Vertreter Haitis, ein Neger, wies auf die schwierige außenpolitische Lage seines Staates hin und sprach sich für gerechte Behandlung aller Völker aus, wobei man merkte, daß die Frage Haitis vornehmlich dem Verhalten der übermächtigen Vereinigten Staaten gilt.

Bei den Delegierten, die sich im Laufe der Generaldiskussion für eine positive Abrüstung geäußert haben, ist die Aufnahme der deutschen Vorschläge ausgesprochen freundlich. Das gilt namentlich von dem Eindruck bei der russischen Delegation und bei den neutralen kleineren Mächten. Die Italiener meinen, die Vorschläge seien sehr gut, äußern aber Zweifel, ob diese Forderungen insgesamt auf der Konferenz durchgesetzt werden können.

**Aus**  
**Bo**  
**Turner**

Erfrühtig m...  
hilfe, doch ist d...  
lange nicht beh...  
haltung wird i...  
geben, noch ein...  
ein Scherlein a...  
von 1867 wird...  
den Dienst der...  
ersten Vorführ...  
nung der komm...  
die früheren Lei...

p. Bosholt,  
Oberbürgermeiste...  
handels gepflog...  
Ergebnis: Die...  
zwischen dem v...  
Milch als Wollf...  
braucher für di...  
lenden Preis) n...  
Liter gekostet. I...  
vom Händler in...  
nicht mehr 20 M...

t. Bosholt  
alten Verführer...  
Verführungs-Gef...  
ausgeschildert...  
sich mit der Du...  
zu helfen. Diese...  
Mittel (Kand...  
Straße) wenden.

× Bosholt,  
Boscholt hatten...  
aus einem versch...  
Güterbahnhof ge...  
gerichtet Bosholt...  
friede" worden...  
frieden" war, i...  
zuzufuhr ein, u...  
lammer in Müll...  
jeden um einen...  
des dritten Gemo...  
Bruppen muß...  
ter, die vom hi...  
von drei Sad G...  
verurteilt worden...  
vor der Straßan...  
Straße bleibt h...  
Untersuchungsh...  
Ferner wurde be...  
ten, die Straße a...  
Untergericht in...  
bellen auch wüdi...

S. Bosholt, 19...  
7 und 8 Uhr m...  
Boscholt gestellt...  
Tabak bei sich f...  
beschlagnahm...

p. Bosholt, 18...  
teilt uns mit: Fr...  
weisen, daß im...  
für das am Boch...  
ausgekommen sind...  
Münsterlande zum...  
Wanderland: 1100...  
rhein" in der S...  
ebenfalls eine Re...  
gegeben ist. In l...  
lich vermehrt und...  
Boscholt ausgehen...

„Wer übernimmt...  
Warenproben 12...  
p. Bosholt, 12...  
scheiden Interate...  
haben. Jedem, d...  
gerade er in die...  
zeit sei leicht; ver...  
lässige Arbeit...  
material werde je...  
der Betreffende fü...  
sei, solle er 1.80...  
und Unterlage ein...  
man nicht eingeben...  
Biele Arbeitslo...  
sammen und schide...  
erkennen dann das...  
Selbst oder Buhmit...  
formationsmaterial...  
die Ware verlaufe...  
der Ein- und Ver...  
möglichst für den...  
zusehen, den Firm...  
ihre Ware an die...  
die sich der Unbe...  
nicht mehr melden...  
Ein Wochenlohn fü...  
worden. Der im...  
kann also nie dur...  
dienst nur durch d...  
Alle Bewerber w...  
digung eines Prose...  
teilen von Prose...  
langten Betrages...  
lerate stellt also...  
Defekt im arbeitsl...  
tum erregt und p...  
durch den Aufwand...  
jezt führt, wenn d...  
auf Anfordern gene...  
erhält. Die Tatbe...  
mit erfüllt.

## Derelne

Am 3. März 19...  
Filme „Das deutsc...  
nach Wien“. Berar...  
und v. B. M. un...  
zu erhöhen, wirt...  
Chöre mit.

graf Bernstorff in  
des norddeutschen  
Habe, nichts geändert.  
gation auch von der  
nicht worden. Die  
des Artikels 8  
rd von der fran-  
eleht. Man sei  
in eigenes Programm  
wurde legen solle.  
fischer Auffassung der  
Friedensliche-  
angehen müsse.  
forderung nach Ab-  
dienenden Be-  
feldes Disziplin-  
rungen werde man  
Schlichter solcher Un-  
schlüssen müsse man  
aufmerksame und  
Bedeutung bei.  
en wird betont, daß  
gleichem Maße wie  
hend prüfen werde.

2  
fert.

in der  
n Shanghai.  
hai, 17. Februar.  
den gestern abend  
ationale Zone  
tet und 14 ver-

den englischen  
itten in der in-  
liegen, schlugen  
tet, daß es sich um  
e britische Dampfer  
schießen wollte und  
nige Treffer,  
sineffischen Mann-  
urden. Außerdem  
er Schiffsbesatzung

test bei der  
rung.

m, 18. Februar.  
hanghai wird hier  
kündung des  
während des Hin-  
gebeten wurden,  
ht. Der britische  
ung. Sir Miles  
gen Außenminister  
en erfuhr, daß die  
Anweisungen zu ver-

wieder ins Heer  
utnant und Kom-  
1902 zum Kom-  
corps ernannt. Um  
in Wien mit  
Maria von  
änglich glückliche  
ausgesprochen, sprengte  
von dem Spruch,  
de am 19. Juli  
haben wurde.  
scharb, übernahm  
Die ersten Jahre  
Festhaltung des  
Rabinetswechsel  
tätigkeit und durch  
der fähigsten  
gig während seiner  
illos sind die ur-  
schäft werden. Die  
gierung Friedrich  
1918 sprach er den  
auf seiner schles-

lenofydogas

h, 18. Februar.  
Landreise Gei-  
st ereignet, dem  
er gefallen  
empfangen Mag-  
aminisch gezogen,  
den Hause eines  
wurde von der  
t. Als nun am  
gerts, durch das  
ein, die Wohnung  
einen 16-jährigen  
twa sechs Wochen  
Nur ein drei-  
tionen sind durch  
kommen. Man  
sien verstopft. Das  
zum Dienstag

unglück.

18. Februar.  
regiments erlitt  
Torpedoschiff.  
Offizier Bordin,  
er sich jedoch  
glücklicher-  
verbrannte.  
als, kürzte mit  
war auf der

## Aus der Heimat.

### Bocholter Winterhilfe.

Turner stellen sich in ihren Dienst.

Erfreulich war das Ergebnis der Bocholter Winterhilfe, doch ist die Not noch immer groß; sie wird noch lange nicht behoben sein. Eine ganz besondere Veranstaltung wird der Bocholter Bevölkerung Gelegenheit geben, noch einmal für ihre notleidenden Mitbürger ein Scherlein zu geben. Der Turnverein Bocholt e. V. von 1867 wird seine 8. Festvorführung am 18. März in den Dienst der Winterhilfe stellen. Wer die beiden ersten Vorführungen miterlebt hat, wird mit Spannung der kommenden Vorführung entgegensehen; denn die früheren Leistungen sollen noch übertroffen werden.

### Senkung des Milchpreises.

p. Bocholt, 19. Febr. Die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters mit den Vertretern des Milchhandels gepflogenen Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis: Die Händlerpanne (d. h. der Unterschied zwischen dem vom Händler zu zahlenden Preis der Milch als Rohware bezw. Erzeuger und dem vom Verbraucher für die ins Haus gelieferte Milch zu zahlenden Preis) wird ab 20. Februar um 1 Pfennig je Liter gesenkt. Die Verbraucher zahlen somit für die vom Händler ins Haus gelieferte Milch ab 20. d. M. nicht mehr 20 Pfennig, sondern nur noch 19 Pfennig.

### Achtung! Unversichert!

t. Bocholt, 19. Februar. Die Aufwertung der alten Versicherungspolice ist im Gange. Die einzelnen Versicherungs-Gesellschaften nehmen diese Aufwertungen augenblicklich schon vor. Manche Unversicherten wissen nicht, daß die Durchführung der Aufwertung nicht recht zu helfen. Diese müssen sich mit der Police an das Mittelstandshaus Bocholt e. V. (Dingeldey-Strasse) wenden.

### Vor der Berufungsinstanz.

x. Bocholt, 19. Februar. Drei junge Leute aus Bocholt hatten am Silvesterabend drei Ratten Bier aus einem verschlossenen Eisenbahnwagen am hiesigen Güterbahnhof gestohlen. Dafür waren sie vom Amtsgericht Bocholt zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Während der eine mit der Strafe „zufrieden“ war, legten die beiden anderen Sünden-Berufung ein, und siehe da: sie hatten Erfolg. Die Strafammer in Münster ermäßigte die Gefängnisstrafe für jeden um einen Monat wohl zum größten Leidwesen des dritten Gefangenen, der nun einen Monat länger brummen muß. — Zwei erheblich vorbestrafte Bocholter, die vom hiesigen Amtsgericht wegen Diebstahls von drei Sack Gerste zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, hatten mit ihrer Berufung vor der Strafammer in Münster kein Glück. Die Strafe bleibt bestehen; allerdings soll die erlittene Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet werden. Ferner wurde der Antrag eines der beiden Angeklagten, die Strafe auf Bewährungsfrist auszuweisen, dem Amtsgericht in Bocholt zur Prüfung, ob der Angeklagte dessen auch würdig ist, überwiesen.

### Zwei Schmuggler gefasst.

s. Bocholt, 19. Febr. Am Mittwochabend zwischen 7 und 8 Uhr wurden im Gelände von Sport zwei Bocholter gefasst, die zwei große Pakete geschmuggelten Tabak bei sich führten. Die Schmuggelware wurde beschlagnahmt.

### Wanderbücher.

p. Bocholt, 19. Febr. Der Verkehrsverein teilt uns mit: Für Wanderlustige sei darauf hingewiesen, daß im vergangenen Jahre zwei gute Führer für das Bocholter herumliegende Wandergebiet herausgegeben sind, nämlich „Das Wanderbuch durchs Münsterland zum Niederrhein“ mit großer amtlicher Wanderkarte 1:100 000 und der Reiseführer „Niederrhein“ in der Sammlung Grieben, Band 195, dem ebenfalls eine Reihe von kleineren Wanderkarten beigegeben ist. In beiden Führern ist Bocholt ausführlich vermerkt und auch eine Uebersicht über die von Bocholt ausgehenden Wanderwege abgedruckt.

### „Wer übernimmt Verteilen von Prospekten und Warenproben bei 20 RM. Wochenverdienst?“

p. Bocholt, 12. Febr. In zahlreichen Zeitungen erscheinen Inserate, die obige Ueberschrift zum Inhalt haben. Jedem, der sich meldet, wird mitgeteilt, daß gerade er in die engere Wahl gezogen ist. Die Tätigkeit sei leicht; verlangt werde gewissenhafte und zuverlässige Arbeit. Wochenlohn von 20 RM. und Werbematerial werde jede Woche kostenfrei überandt. Da der Betreffende für die Firma noch nicht tätig gewesen sei, solle er 1.80 RM. bzw. 2.40 RM. u. m. für Muster und Unterlage einbringen. Auf andere Vorbehalte könne man nicht eingehen, weil die Bewerberzahl zu groß sei. Diese Arbeitsstelle scharren ihre letzten Pfennige zusammen und schicken den geforderten Betrag ein. Sie erhalten dann das sogenannte Muster, entweder Schampon, Seife oder Putzmittel u. m. Aus dem beiliegenden Informationsmaterial geht dann hervor, daß die Bewerber die Ware verkaufen und nachbestellen sollen. Erst aus der Ein- und Verkaufsliste ergibt sich die Verdienstmöglichkeit für den Bewerber. Die Ware ist kaum abzusetzen, den Firmen genügt es aber schon, wenn sie ihre Ware an die zahlreichen Bewerber allein absetzen, die sich der Unbequemlichkeit wegen in vielen Fällen nicht mehr melden und auf den Mustern stehenbleiben. Ein Wochenlohn für das Verteilen ist bisher nie gezahlt worden. Der im Inserat ausgeschriebene Wochenlohn kann also nie durch das Verteilen, sondern ein Verdienst nur durch den Verkauf der Ware erzielt werden. Alle Bewerber werden aber gerade durch die Ankündigung eines Wochenlohnes von 20 RM. für das Verteilen von Prospekten u. m. zur Einfindung des verlangten Betrages veranlaßt. Der Inhalt dieser Inserate stellt also eine Täuschungshandlung dar, die beim Leser im unrichtigen Zusammenhang damit einen Irrtum erregt und zur Vermögensschädigung selbst dann durch den Aufwand an Schreibpapier, Porto u. Arbeitszeit führt, wenn der Betreffende sein eingelebtes Geld auf Anfordern gegen Rücksendung der Muster pp. zurück erhält. Die Tatbestandsmerkmale des Betruges sind damit erfüllt.

### Dereine und Veranstaltungen.

#### „Deutsch das Lied.“

Am 3. März laufen im Capitol-Theater die beiden Filme „Das deutsche Lied“ und „Sängerfahrt 1928 nach Wien“. Veranstalter ist der M. G. B. „Sängerbund“ e. V. Um die Wirkung der Vorführung noch zu erhöhen, wirken Blas- und Streichorchester sowie Chöre mit.

## Windthorstbund und Hindenburgwahl.

— Bocholt, 18. Februar.

Der Windthorstbund des Kath. Gesellenvereins hielt am Dienstagabend seinen dritten diesjährigen Schulungsabend ab. Der Lehrlingslaaf des Gesellenhauses war gut besetzt. Nach Eröffnung durch den 1. Vorsitzenden wurde zunächst das Protokoll der letzten Versammlung verlesen. Darauf hielt ein Mitglied des Bundes einen gut ausgearbeiteten Vortrag aus der Vortragsfolge „Die Entwicklung der Volkswirtschaft“.

Das Hauptthema des Abends war die „Politische Rundschau“, die der Leiter des Windthorstbundes gab. In beinahe 1 1/2 stündiger Rede führte er all die politischen Ereignisse der letzten Wochen vor Augen. Reichspräsidentenwahl, Abrüstungs- und Reparationskonferenz — das sind die Dinge, um die sich die heutige Innen- und Außenpolitik jetzt dreht. Jedem Deutschen liegt wohl am meisten die demnächstige Wahl des Reichspräsidenten am Herzen. Die Hoffnung Brünings, durch Zweidrittelmehrheit im Reichstag die Amtszeit unseres hochverehrten Reichspräsidenten um einige Jahre zu verlängern, ist leider zunichte geworden. Auch in dieser großen Sache, die eigentlich über jedem Parteihader erhaben sein sollte, konnte es die radikale Rechte nicht fertigbringen, das Vaterland über die Partei zu stellen.

Arbeiterverein St. Paulus. Das Winterprogramm kündigt für heute (Freitag) abend eine Monatsversammlung an. Im ersten Teil wird eine kleine Passionsfeier stattfinden, bei der auch der Gemischte Chor mitwirken wird. Im zweiten Teil sollen Vereinsangelegenheiten u. a. die Durchführung einer regen Agitation und einer Vereins-Kosthilfe zur Sprache kommen. Die Mitglieder und deren erwachsenen Angehörigen sind freundschaftlich zu dieser Veranstaltung eingeladen. Beginn 8 Uhr.

Die Turner und Ballspieler hatten am Sonntagabend 6 Uhr ihren diesjährigen Turner- und Werbeabend ab, um für die Idee der Jugendkraft zu werben und ihre Tätigkeit in der Jugendkraft zu zeigen, die Freunde und Gönner für diese Sache zu interessieren und zu erziehen. Alle Eltern, Mitglieder und Freunde der T. J. K. sind herzlich eingeladen.

Kath. Jungmännerverein Diebstahls. Heute (Freitag) abend 8 Uhr ist im Jugendheim (Münsterstr. 23) der Jungmännerabend. Ein Vortrag mit vielen feinen Lichtbildern wird uns diesmal geboten. Alle katholischen Jungmänner unserer Pfarre sind freundschaftlich eingeladen.

### Sunderwick

m. Volkstrauertag. Am kommenden Sonntag veranstalten anlässlich des Volkstrauertages Kriegerverein, Schützenverein und Feuerwehr nach dem Morgengottesdienst am Kriegerdenkmal eine Gedenkstunde.

### Anholt

+ Katholische Aktion. Am Sonntag, dem 21. Februar, 4.30 Uhr nachmittags, findet im Bennemannschen Saale eine Versammlung statt, zu der die ganze katholische Einwohnerschaft Anholts freundschaftlich eingeladen wird. Herr Kaplan Mextens (Bocholt) spricht zum Thema: Katholische Aktion im Scheinwerfer der Gegenwart.

### Dingden

e. Milchverkauf an Schulkinder. Einer Anregung der hiesigen Volksschuleverwaltung folgend wird von heute ab in der großen Pause an die Schulkinder Milch verabreicht, die in besonderen Gefäßen geliefert wird. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Milch zum Selbstkostenpreis abgegeben wird, damit allen Schulkindern die Möglichkeit geboten wird, an dieser begünstigten Einrichtung teilzunehmen zu können. Deshalb wird das Glas Milch wahrscheinlich 5 Pfennig kosten. Wenn von dieser Einrichtung reger Gebrauch gemacht wird, so wird die Volksschuleverwaltung auch das schon früher auf Kosten verarbeitete Kalogetränk bereitstellen. Wir bitten die Eltern, die ihre Kinder regelmäßig in den Genuss guter Volksernährung zu diesem niedrigen Preise liefern wollen, das Körpergewicht ihrer Kinder feststellen zu lassen, damit man nach Wochen den Erfolg dieser Maßnahme feststellen kann. Der Volksschuleverwaltung wissen wir Dank und man wird gewiß nicht festsehen in der Annahme, daß die Elternschaft sich diesem Dank anschließt. Hoffentlich wird diese Einrichtung auch andernorts Schule machen.

i. Vom „ewigen Nimmerlats“. Der Hühnerzüchter C. S. von hier, der jagdlich mit fanatischem Eifer die Hühnerzucht betreibt, hat seine letzte Raft mit den Sperlingen. In der letzten Zeit konnte man häufig die Beobachtung machen, daß, sobald er seinen Hühnern das Futter streute, im Nu aus allen Ecken und Enden die Spaten scharenweise sich einfanden. An kalten Tagen scheint sich die Zahl dieser unheimlichen Gäste sogar zu verdoppeln. Wenn es auch nur Spaten sind, immerhin dürfen sie unserem Hühnerreich erheblichen Schaden bereiten. Ist doch der Spat als ein „ewiger Nimmerlats“ bekannt. An eine Abhilfe ist wohl schwer zu denken. Andererseits hat jedoch diese Plage wiederum ihr Gutes; denn der Sperling verwandelt sich, sobald er Vaterpflichten zu erfüllen hat, in einen Fleischfresser. Er dürfte dann für die Vögelgüter von großem Nutzen sein.

### Rhede

t. Kath. Jugendverein. Heute abend 8.30 Uhr findet im Refektorium des Heimes der schon an anderer Stelle angekündigte Diskussionsvortrag statt. Thema: Geschichte der Kirche, 2. Teil. Die Mitglieder beider Abteilungen sind hierzu freundschaftlich eingeladen.

### Krechting

Ein Eiskomantik kann man zurzeit in der hiesigen Feldkur erleben. Ein Schäfer mit 270 Schafen weilt seit einigen Tagen hier; er kommt von den Rheinwiesen, wo er sich mehrere Monate aufgehalten hat. Freundschaftswesen haben ihm die hiesigen Landwirte ihre Weiden und Wiesen zur Verfügung gestellt. Dieser verpörrt auch unser Schäfer, obwohl er sich im allgemeinen sehr vom Getriebe der Welt hält, die Not der Zeit nicht wenig. Sind ihm doch durch das gewaltige Sinken der Wollepreise von 1.50 auf 0.85 Mark in kurzer Zeit erhebliche Werte verloren gegangen. Im Frühjahr denkt der erst 30-jährige Schäfer wieder in seiner Heimat Coerswinkel bei Münster anzufragen.

Unter Führung des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahn wurde dann der bekannte Ausbruch zur Wiederwahl Hindenburgs gebildet, der in kurzer Zeit über 3 Millionen Stimmen deutscher Männer und Frauen sammelte, die die Wiederwahl Hindenburgs wünschten. Am Sonntag, dem 13. März, ist also Reichspräsidentenwahl. Wer gibt uns heute einen würdigeren Kandidaten für die höchste Würde, die die deutsche Republik zu vergeben hat, als es unser Hindenburg ist. Heute heißt es „Treue um Treue“. Der Sieger von Tannenberg, der Mann, der beim Zusammenbruch seinen Posten nicht verließ, der jetzt seit sieben Jahren das Amt des Reichspräsidenten in vorbildlicher Weise geführt hat, muß am 13. März mit großer Mehrheit wiedergewählt werden. Das wäre der beste Dank, den das deutsche Volk dem besten Deutschen der Gegenwart zollen kann. Die zündenden Worte des Redners hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. In der Aussprache wurde beschlossen, bis zur Wahl mehrere öffentliche Versammlungsabende abzuhalten, zu der auch von dieser Stelle aus die gesamte Bocholter Jugend, Jungmädchen und Jungmänner, eingeladen sind. Am nächsten Dienstagabend 8.30 Uhr steigt im Gesellenhaus die erste Versammlung unter der Devise:

Für Hindenburg! — gegen Hitler!

## Dom Niederrhein.

### Jßelburg

r. Wann wird Abhilfe geschaffen? Die Vereinnahmung des gewerblichen Mittelstandes in Jßelburg richtete an das Provinzial-Strassenbauamt zu Aken eine Entschädigung, die wir hiermit der Öffentlichkeit unterbreiten: „Wie dort bekannt sein dürfte, und in vielen Bezirken auch aus den Kreisen unserer Stadtgemeinde niedergelegt ist, befindet sich die Provinzial-Landstraße Akes — Jßelburg in einem Zustand, der für den Verkehr eine öffentliche Gefahr darstellt. Es dürfte sich erübrigen, diesen Zustand näher zu beschreiben. Wir verweisen auf unsere früheren Beschwerden und betonen noch, daß die StraÙe seit dieser Zeit trotz der versuchten Ausbesserung oder vielleicht gerade wegen dieser heute mehr denn je unpassierbar ist. Wir lagten schon einmal, daß die beteiligten Städte gern bereit sind, aus der großen Zahl ihrer Arbeitslosen billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, damit endlich diesem kulturwidrigen Zustand ein Ende gemacht wird. Wenn auch die Straßenbauverwaltung ein Warnungsschild am Anfang der schlechtesten StraÙe aufgestellt hat, so dürfte sie sich kaum der Verantwortung entziehen haben, die sie treffen würde, wenn ein größeres Unglück durch die Verfalltheit der Landstraße herbeigeführt wird. Das Seilmaterial liegt schon seit vielen Monaten am Straßenrand und bildet somit außerdem noch in größtem Maße ein gefährliches Verkehrshindernis. Wir nehmen daher nochmals Veranlassung, die Straßenbauverwaltung nachdrücklich zu bitten, endlich diesen unhaltbaren Zustand ein Ende zu bereiten.“ — Die ganze Bürgererschaft steht hinter diesem Antrag und erwartet eine baldige Entscheidung.

r. Gefallenengedenkfeier. Auf Einladung des Bürgermeisters Schönschede fand am Sonntag eine Beerdigung der Verstorbenen der einzelnen Vereine und Verbände über eine abzuhalten Gefallenengedenkfeier statt. Alle Vereine hatten Vertreter entsandt. Der Bürgermeister begrüßte die anwesenden Herren, besonders den neuen Pfarrer J. F. Fob, der zum ersten Mal an einer dergleichen Beerdigung teilnahm. Dann legte er dar, daß auch in diesem Jahre an einem Tage unserer Gefallenen gedacht werden soll. Aus der Versammlung heraus wurde angeregt, die Feier auf dem Denkmalsplatz abzuhalten. Der Vorsitzende des Kriegervereins, Direktor Reinhold, billigte dieses nicht, weil auf dem Friedhof 9 Krieger ruhen und der Denkmalsplatz nur ein über Platz ist. Man einigte sich dahin, die Feier auf dem Friedhof abzuhalten. Am kommenden Sonntag, dem 21. Februar, treten um 11.15 Uhr die Vereine auf dem Marktplatz an und um 11.30 Uhr ist Abmarsch zum Friedhof unter Glockengeläute heider Kirchen. Auf dem Friedhof wird sich das Programm in der gleichen Weise wie im Vorjahre abspielen. Bürgermeister Schönschede hält eine Ansprache, worauf der Kranz niedergelegt wird. Hierauf wird im Namen der Kriegsbeschädigten Johann Carls an die Gedächtnisrede halten. Nach Beendigung der Feier geht es in geschlossenem Zuge bis zum Marktplatz, wo sich der Zug auflöst. Mit dieser Abmachung waren alle Anwesenden einverstanden. Die Musik wird von der Ecklagerschen und Viermannschen Kapelle in einer Stärke von 18 Mann ausgeführt. Der Evangelische Kirchenchor wird diesmal mitwirken. Zum Schluss dankte Bürgermeister Schönschede allen nochmals für die Einmütigkeit bei der Beerdigung, wünschte, daß am kommenden Sonntag die Veranstaltung auch in aller Einmütigkeit verlaufen möge. Die Feuerwehr übernimmt den Absperrdienst. Doch wird gebeten, daß alle, die an der Feier teilnehmen, größte Vorsicht walten lassen, damit die Gräber nicht zertritten und beschädigt werden.

### Loikum

— Ausbittelschlichter. Da der Gesundheitszustand unseres Pfarrers Holtzhaus in der letzten Zeit sehr nachgelassen hat, trifft in den nächsten Tagen ein Geistlicher zur Ausbittelschlichter hier ein.

### Hamminkeln

— Schulvorstand und Gemeinderat tagten. Im Lokale Walter Schmidt tagte der gesamte Schulvorstand, um Beschluß zu fassen über eine erforderliche Umgestaltung von Kindern der Gemeinde Hamminkeln, die bisher die katholische Schule in der Feldmark Jßel besuchten. Da dort aber das Gekleid ziemlich hoch ist, so ist die Gemeinde nicht mehr in der Lage, dieses in heutiger Zeit aufzubringen. Bedinglich 10 Kinder sollten weiter in der Feldmark verbleiben, weil deren Weg zu weit ist, die anderen 12 Kinder aber haben kaum einen weiteren Weg als andere Kinder, die die katholische Schule in Hamminkeln besuchen. — In der Gemeinderatsitzung wurde zunächst ein Antrag der Inhaber der Kraftwerks-Gesellschaft Jßel-Wehrbruch auf Weitergewährung der der Riwela gegebenen Zuschüsse besprochen. Nach längerer Aussprache kam man zu dem Beschluß, für die 3 Monate bis zur neuen Etatsfestlegung je 30 RM. zu bewilligen, vorbehaltlich dessen, daß auch die anderen in Frage kommenden Gemeinden einen Zuschuß bewilligen. Allerdings will man den Zuschuß auch von einer weiteren Ausbringung von 15 Mark pro Monat durch die Interessenten abhängig machen. Bei dieser Gelegenheit kam auch zur Sprache, daß die Reichsbahn im neuen Fahrplan einige Verbesserungen plane, so die Einlegung eines Schließzuges morgens um 7.30 Uhr und das Halten hier sonst durchfahrender



Schnellzüge. Zu den Begegnungen in der letzten der Ehrenbürgermeister, daß in der Vorwoche eine Kommissionsitzung stattgefunden habe. Die Wohlfahrts-empfehlung sollen zur Arbeit an den Wegen herangezogen werden, und viele haben sich auch schon hierzu bereit erklärt. Die Gemeinde will für die notwendigen Werkzeuge Sorge tragen und es sollen die in Frage kommenden Leute je nach der Höhe der Unterstüttung herangezogen werden. Als Material will man Unterstüttungsstoffe der Reichsbahn, die vor dem Bahnhof Jßel lagern, verwenden. Der Ehrenbürgermeister machte dann Mitteilung davon, daß Gemeindevorsteher G. L. der freiwillig auf 200 Mark von seiner Aufwandsentschädigung verzichtet habe, was man dankbar begrüßte. Auch die Höhe der beiden Begegnungen senkte man um 15 Prozent. Dann wurde über die Unterstüttungen von Gemeindevorsteher berichtet. Auch die Ausgaben für die Reinigung der Schulen wurden einer Kritik unterzogen; hier sollen die Vergütungen mit dem nächsten Etat um 20 Prozent gesenkt werden. In einem Schreiben lehnte das R. M. E. eine Preisentstüttung für Stromlieferung ab. Beschlossen wurde noch eine Eingabe wegen Ausbesserung der Straße Hamminkeln-Wehrbruch. Auf eine Anfrage zur Bestätigung der Beamten teilte der Ehrenbürgermeister mit, daß die Bürgermeisterei an diesem Titel nach der nunmehrigen Regelung 9000 Mark Ersparnisse habe.

### Wesel

— Arbeitsmarktlage für Januar. Die ungünstige Arbeitsmarktlage hielt weiter an. Die Zahl der Arbeitsuchenden wie auch der Unterstüttungsempfänger blieb weiter und betrug am Schluß des Berichtmonats 12 209 Arbeitsuchende; gegenüber dem Vormonat ist dies eine Zunahme von 383. Die Zahl der Unterstüttungen aus der Arbeitslosenversicherung und Kriegenunterstüttung wies ebenfalls einen Zugang auf; hier stieg die Zahl von 5793 auf 6092 um 299. Infolge lauffender Aushebungen von Arbeitslosen und Kriegenunterstüttungsempfängern wegen Prüfungsablauf, machte sich auch bei den Wohlfahrtsunterstüttungsempfängern ein Zugang bemerkbar und es stieg diese Zahl von 4352 auf 4676. Neumeldungen von Arbeitsuchenden erfolgten 1187 männliche und 336 weibliche. Anträge auf Arbeitslosenunterstüttung stellten 895 männliche und 195 weibliche — 1090 Personen; davon erstmalig 542. Abgelehnt wurden 81, während 29 sich anderweitig erledigten. Auf Kriegenunterstüttung wurden 693 Anträge gestellt, von denen 38 abgelehnt wurden. Infolge Arbeitsverweigerung, sowie unbefristeter Aufgabe der Arbeit mußten 11 Sperrfristen verhängt werden. An offenen Stellen waren gemeldet 107 männliche und 62 weibliche — 169, von denen 105 männliche und 51 weibliche durch das Arbeitsamt besetzt werden konnten. Namentliche Abzählung von Arbeitslosen erfolgten 62 männliche und 5 weibliche. Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes bestanden zurzeit 4, bei denen 30 Arbeitsdienstmilitäre tätig sind. Angemeldete Kurzarbeit verrichteten zurzeit 9 Betriebe, von denen 247 Arbeitnehmer mit 202 Zuschlagsempfängern Kurzarbeiterunterstüttung beziehen. Am 31. Januar 1932 waren vorhanden: Arbeitsuchende: 11 398 männliche, 811 weibliche, zusammen 12 209; Arbeitslosenunterstüttungsempfänger: 2712 männliche, 268 weibliche, zusammen 2980; Kriegenunterstüttungsempfänger: 3044 männliche, 618 weibliche, zusammen 3662; Wohlfahrtsunterstüttungsempfänger: 4580 männliche, 96 weibliche, zusammen 4676.

— Marktbericht der Belling vom 18. Febr. 1932. Es folgten: Industriekartoffeln 3,40—3,50 M., Feldsalat 20—32 M., Wirsing grün 2,80—3 M., Rotkohl 3,50—4 M., Weißkohl 3—3,20 M., Rosenkohl 12—13 M., Grünkohl 3—3,50 M., Rote Mören 1,70—3 M., Rote Beete 3—5 M., Schwarzwurzeln 14—15 M., je 100 Stk.; Sellerie 10—13,50 M., Porree 2—3 M., Spargel: über 65 Gramm 7,40—7,80 M., von 60—65 Gramm 6,50—6,90 M., von 55—60 Gramm 5,90—6,30 M., von 50—55 Gramm 5,70—5,80 M., unter 50 Gramm 5,40 bis 5,60 M., Entener 6,70—6,80 M., je 100 Stk. — Gemüseanfuhr mittel, Nachfrage lebhaft. Getreidefuhr 122 000 Stk. Nachfrage gut. Nächste Verteilung: 25. Februar 1932.

## Eingefandt.

### Hindus gastieren in Bocholt!

Also das Allerneueste auf musikalischem Gebiet steht uns in Bocholt bevor! Ein Hindusorchester mit original-indischen Instrumenten soll auf Veranstaltung des Theatervereins am 9. März im Schützenhaus gastieren. Man schüttelt immer mehr den Kopf. Nachdem der rühmliche Theaterverein es im Laufe des Winters fertig gebracht hat, durch zahlreiche Operettenaufführungen mit leichten, banalen Witzen und klischeuger Musik das Geistesleben unserer Stadt trüffig zu drücken, geht er nun an eine Sentung des musikalischen Niveaus. Dagegen wehren wir uns! Wir Deutsche sind trotz des Weltkrieges noch immer das musikalisch höchstlebende Volk der Welt. Uns kann ein Hindusorchester keinen musikalischen Fortschritt bringen. Und ausgerechnet in dem Monat, in dem sich der Geburtstag eines der größten deutschen Tonkünstler (Johann Sebastian Bach) zum 200. Male jährt, wagt man uns ein derartiges Musik-Kuriosum vorzuführen. Die original-indischen Musikinstrumente sehen für uns Deutsche in den Museen und Instrumentensammlungen. Dahin gehören sie, dort betrachtet sie der Musikforscher mit regem Interesse und denkt an eine längst dahin geschundene Musikperiode. Die Musik dieser Zeit und Deutschen als Lebensgröße hinzustellen, dürfte verheißt Beginnen sein. Aber wie immer: „Diese exotische Darbietung, die zu leben (warum nicht „hören“) man so leicht nicht wieder Gelegenheit haben wird“, so man dann allein machen. Und weiter: Was sagen die deutschen erwerbslosen Orchesterleiter dazu, wenn sie von der Verpflichtung eines Hindusorchesters lesen und hinterher vielleicht noch hören müssen, daß die Veranstaltung (der Name „Konzert“ wäre zu hoch), „bedenklich“ besetzt war? Ist es für diese nicht ein Faustschlag ins Gesicht? Die Zahl der brotlosen deutschen Musiker geht in die Tausende. Kennt man nicht die Not in den Erwerbslosen-Orchestern? Warum verpflichtet man nicht ein solches? Dann würde man Verständnis zeigen für die deutsche Volksnot. Aber die Hindus lasse man jenseits der deutschen Grenzen!

Verantwortlich für den Inhalt: Der Politische Redakteur Dr. Kaiser. Die Redaktion: Josef Schönschede, 18. Münsterstr. 23. Druck: Dr. Kaiser. Die Druckerei: Dr. Kaiser, 18. Münsterstr. 23. Die Druckerei: Dr. Kaiser, 18. Münsterstr. 23. Die Druckerei: Dr. Kaiser, 18. Münsterstr. 23.

